

**Rede des Fraktionsvorsitzenden der Republikaner im Kreistag, Ulrich Deuschle, zur Debatte über den Kreishaushalt 2013 und die mittelfristige Finanzplanung, am 8. November 2012**

Herr Landrat, meine Damen und Herren,  
die diesjährige Haushaltsdebatte ist eingebettet in ein Umfeld, das geprägt ist durch eine fundamentale **Veränderung der politischen Machtverhältnisse** in Baden-Württemberg und in der Landeshauptstadt Stuttgart.

Die Wahl von **Winfried Kretschmann** zum **Ministerpräsidenten** einer grün-roten Landesregierung im März 2011 und nun von **Fritz Kuhn** zum **Stuttgarter Oberbürgermeister** wird auch unsere Kreispolitik maßgeblich beeinflussen, und zwar nicht nur beim Thema S 21.

Gestatten Sie mir deshalb folgende Anmerkung.

Wenn Herr Kuhn davon spricht, "**die Grünen seien in Baden-Württemberg und Stuttgart hegemonial geworden**" und sie "**beherrschten auf eine positive und freundliche Art die Diskurse, die wichtig sind**", so steckt dahinter nicht nur die tiefe Befriedigung über eine gelungene Umwertung bestehender Werte, sondern er leitet daraus einen **Machtanspruch** ab, der die anderen politischen Kräfte wachsam werden lassen sollte.

Die **kulturelle Hegemonie**, gehört schon seit geraumer Zeit zur **grünen Ideologie**, von Ökorumantik bis Gender Mainstreaming und Multikulti, mit denen von den Lehrerpulten herab schon ganze Jahrgänge indoktriniert und manipuliert worden sind.

Wenn nun die **politische Hegemonie** der kulturellen folgen soll, kann dies für eine freiheitliche Demokratie sehr gefährlich werden.

Wer nämlich in einer Demokratie eine Hegemonie, d.h.eine Vorherrschaft anstrebt, der will andere Meinungen immer mehr ins Abseits drängen, verabschiedet sich von der demokratischen Auseinandersetzung und zeigt totalitäre Neigungen.

Was nun den Kreishaushalt 2013 betrifft, spricht sich die Kreistagsfraktion Die Republikaner entschieden **dagegen** aus, dass das **Entschuldungsziel aufgegeben** wird.

Wäre man unseren Vorschlägen zur Bildung von **Entschuldungsrücklagen** für die Jahre 2008 bis 2012 gefolgt, so hätte der Landkreis seine Verschuldung im Kernhaushalt um ca. 40 Mio auf unter **60 Mio €** senken können.

Herr Landrat, Sie sprechen auch immer von einer "**fairen Finanzpartnerschaft** mit den **Kommunen**". Wenn nun die kommunale Steuerkraft um 78 Mio wächst und der Landkreis davon nur 22 Mio € abschöpft, halten wir Republikaner dies für zu wenig.

Es ist deshalb ein politischer Fehler den Kreisumlagehebesatz auf 37,7% zu senken. Wir plädieren für 38,3% und wollen die entsprechenden 3,5 Mio in die Entschuldung fließen lassen.

Wir Republikaner sind auch der Meinung, dass bei der **mittelfristigen Investitionsplanung** eindeutige Prioritäten festgelegt werden müssen.

Dabei hat für uns z.B. die Sicherstellung einer wohnortnahen Krankenversorgung Priorität.

Genauso wie der Herr Landrat fordern wir von der Landesregierung ein **regionales Schulentwicklungskonzept** und klare Aussagen zur **Inklusion**, damit Fehlinvestitionen vermieden werden.

**Wie geht es wirtschaftlich weiter ?** Welche Spielräume haben wir in den nächsten Jahren ?

Die Konjunktur im Euroraum geht 2013 in die **Rezession**. Die Vermischung von Eurokrise und Schuldenkrise macht eine Gesundung immer schwieriger.

Deshalb wundert es nicht, wenn die **IHK Esslingen-Nürtingen** in ihrem aktuellen Konjunkturbericht zwar für 2012 eine gute Entwicklung sieht, die befragten Unternehmen 2013 aber **pessimistischer** einschätzen.

Diese Prognosen lassen es wahrscheinlich erscheinen, dass mindestens ab 2014 die Steuerquellen nicht mehr so sprudeln, wie bisher.

Daraus folgt, dass zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes und zur Erhaltung einer hohen Beschäftigung **Investitionen in die Infrastruktur** notwendig sind.

Zur **Fachkräftesicherung** haben wir Republikaner in den früheren Jahren schon mehrere Initiativen gestartet. Wir fordern in diesem Jahr einen vom Landkreis ausgelobten **Preis für Unternehmen, die ältere Arbeitnehmer vorbildlich beschäftigen**.

Nachdem die baden-württembergischen Bürgerinnen und Bürger am 27. November 2011 sich eindeutig für **S 21** ausgesprochen haben, hat man den Eindruck, dass sich führende Politiker der Grünen, wie die Herren Hermann und Kuhn nicht an das Bürgervotum halten wollen.

Wenn nun der **Flughafenbahnhof** dadurch leistungsfähiger würde, dass S-Bahn und Fernverkehr in einer Ebene abgewickelt werden können und dies zusätzliche Kosten verursacht, muss das von denjenigen verantwortet werden, die den Filderdialog durchgeführt haben, nämlich von der Landesregierung.

Der **Filderbahnhof** liegt im **Interesse des Kreises Esslingen**, weit mehr als der Stuttgarter Hauptbahnhof.

Die Weiterführung der **S 2** von **Bernhausen** über **Neuhausen** ins Neckartal in den Raum Wendlingen / Nürtingen als regionale Ringbahn, die wir schon mehrfach beantragt haben, ist jetzt auch in das Prioritätenprogramm der Region Stuttgart aufgenommen worden. Hier müssen zügig Entscheidungen getroffen werden, da das entsprechende Bundesprogramm 2019 auslaufen soll.

Die Entscheidung des Kreistages sich am **Nachtverkehrskonzept** der Region Stuttgart mit 360 000 € zu beteiligen, halten wir für einen Fehler und wollen eine nochmalige Befassung. Dabei sind die ablehnenden Entscheidungen der Kommunen vor allem im Nürtinger Raum zu berücksichtigen.

Wir sehen es nicht als Aufgabe des Kreises an, Nachtschwärmern die Heimfahrten mit Steuergeldern zu finanzieren.

Ein großes Risiko für den Standort ist die ungeklärte **Energiefrage**. Wirtschaft und Haushalte im Kreis benötigen eine **sichere Stromversorgung zu akzeptablen Preisen**. Wir wollen von der Verwaltung wissen, wie es um Leitungsbau und Speicherkapazitäten bestellt ist.

Gleichzeitig wollen wir erfahren, wieviel Haushalte im Kreis Esslingen aufgrund unbezahlter Rechnungen keinen Strom mehr geliefert bekommen.

Der Verband Region Stuttgart führt z.Z. Anhörungen über die Nutzung der **Windkraft** durch. Dabei zeigt sich, dass nur wenige Standorte wirklich geeignet sind.

Andererseits steht die **Regionalverwaltung** unter starkem **Druck des Regionalparlaments** von der CDU bis zu den Grünen, Standorte auszuweisen, um einen, wenn auch nur symbolischen Beitrag zur Energiewende zu leisten. Allein wir Republikaner sind hier skeptisch eingestellt.

Wenn ich mir die einzelnen Aussagen mancher Bürgermeister in der Presse zu dieser Thematik anschau, kann ich nur sagen, dass deren Argumentation nicht ausreicht um eine Standortausweisung zu verhindern.

Der massive Einsatz von **Schulsozialarbeitern** mit knapp 70 Vollzeitstellen liegt um mehr als 20 Stellen über dem Bestand des Vorjahres. Hier ist im März gegen unseren Willen durch die Kreistagsmehrheit ein neuer Fördertopf aufgemacht worden. Wir erinnern uns noch genau, dass uns vor einigen Jahren die Kreisverwaltung auf unsere Frage nach der Gewaltbelastung in den Kreisschulen geantwortet hat, es gebe keine Probleme.

Wir wollen von der Kreisverwaltung einen Bericht über die Effizienz der Schulsozialarbeit, und zwar einen ungeschönten!

Nicht erst die Ermordung einer Neusser Jobcenter-Mitarbeiterin durch einen langzeitarbeitslosen Marokkaner hat die zunehmende **Gewalt gegen Mitarbeiter von Jobcentern und Sozialämtern** thematisiert. Die Deutsche Polizeigewerkschaft in Nordrhein-Westfalen hatte schon 2009 durch Befragung herausgefunden, dass jeder vierte Mitarbeiter schon einmal Opfer eines Übergriffs geworden ist. Wir wollen konkret wissen, wie die diesbezügliche Gewaltproblematik im Kreis Esslingen aussieht, welchem Kulturkreis die Täter zuzuordnen sind und welche Sicherheitseinrichtungen existieren.

Herr Landrat, Sie haben in Ihrer Rede auch die Verdoppelung der Anzahl von **Asylbewerbern** im letzten Jahr mit Zusatzkosten von 700 000 € angesprochen.

Nach unserer Meinung ist die aktuelle Zuzugswelle durch das Urteil des Bundesverfassungsgericht vom 18. Juli ausgelöst, welches Asylbewerber faktisch mit einheimischen Sozialhilfeempfängern gleichstellt.

Was kann getan werden ?

**Einerseits** ist Bundesinnenminister Friedrich bei seiner Forderung nach sofortiger **Aussetzung** der **EU-Visafreiheit** mit Serbien und Mazedonien zu unterstützen und **andererseits** müssen die **Asylverfahren zügig erledigt und rechtlich gebotene Abschiebungen konsequent durchgeführt werden.**

Die Landesregierung darf die Probleme nicht einfach auf die Kreise und ihre Kommunen verlagern, welche diese weder organisatorisch noch finanziell meistern können.

Die **wohnortnahe Pflege** unserer älteren Bürger war schon immer eines unserer Anliegen. In der letzten Zeit häufen sich Nachrichten, dass aus Kostengründen die Pflege nicht mehr vor Ort stattfinden kann. Wenn selbst die linksliberale Süddeutsche Zeitung am Samstag in einer Karikatur "vom Zug der Alten in den Osten spricht" und damit die Slowakei oder Ex-Jugoslawien meint, dann muss deutlich gesagt werden: „So geht das nicht!“

Die Kreistagsfraktion der Republikaner sieht ihre Befürchtungen bezüglich der **Kreiskrankenhäuser** voll bestätigt.

Die Entscheidung des **Aufsichtsrats**, die Innere Abteilung von Plochingen nach Kirchheim zu verlegen ist voreilig. Es hätte erst ein Gesamtkonzept für alle Standorte der Kreiskliniken vorgelegt werden müssen, bevor Standortentscheidungen getroffen werden.

Die Menschen im Kreis haben ein Anrecht auf wohnortnahe medizinische Versorgung, besonders in Anbetracht einer alternden Bevölkerung.

Ohne die **Fehler von Geschäftsführung und Aufsichtsrat** mit zu hohen und gleichzeitig vollzogenen Investitionen wäre die Krankenhausgesellschaft nicht in ein zweistelliges Millionendefizit hineingeschlittert. Hier hat die fachliche Kompetenz im Aufsichtsrat weitgehend gefehlt. Guter Wille kann fundiertes Wissen eben nicht ersetzen.

Wir Republikaner fordern deshalb einen **Untersuchungsausschuss** aus Fachleuten, der einen Einblick in die Entscheidungen von Geschäftsführung und Aufsichtsrat nehmen und die Verantwortlichkeiten feststellen kann.

Wir Republikaner sehen uns auch in der **Skepsis** gegenüber den **Verhandlungen mit der Stadt Esslingen bezüglich einer Klinikfusion bestätigt**. Wenn innerhalb eines Verhandlungsprozesses die eine Seite, nämlich der Kreis, Vorleistungen wie die Verlagerung der Inneren aus Plochingen bringt, schwächt sie ihre ohnehin nicht sehr starke Position noch mehr.

Wenn man sich in erster Linie auf das Argument **Wirtschaftlichkeit** einlässt, wird immer ein Krankenhaus mit einem Standort kostengünstiger sein, als Kliniken mit mehreren Standorten.

Unserer Fraktion macht sich auch Sorge, dass die **Augenärzte** aus der **Notfallversorgung** aussteigen wollen. Der Landkreis muss zusammen mit der Kassenärztlichen Vereinigung eine Lösung finden, bei

der die Mehrbelastung der Augenärzte außerhalb Esslingens abgebaut werden muss.

Die REP-Fraktion möchte den **KFZ-Besitzern** im **Altkreis Nürtingen** bei der Zulassung ein **Wahlrecht zwischen ES und NT** einräumen.

Nachdem nun der Bundesrat am 21. September den Weg freigemacht hat, liegt die Entscheidung in der Kompetenz der Landkreise.

Wir wollen damit nicht die Ergebnisse der damaligen Kreisreform rückgängig machen, sondern den **Identitäts- und Heimatwünschen** vieler Bürgerinnen und Bürger entsprechen.

Anfallende Mehrkosten für die Wunschkennzeichen müssen von den Interessenten selbst getragen werden und dürfen nicht den Kreishaushalt belasten.

Unsere Kreistagsfraktion hat sich in letzter Zeit mit dem **Selbstverständnis des Kreistags** als Gremium befasst.

Der seit Jahren feststellbare Trend zur **Entkernung** des Kreistags, der sich in der Gründung von GmbH's und Aufsichtsräten, wie bei den Krankenhäusern, der Abfallwirtschaft oder der Kreissparkasse widerspiegelt, ist mit dem **Demokratieprinzip kaum vereinbar**.

Meine Damen und Herren, wir sind demokratisch verantwortliche Kreisräte und **keine Geheimräte**.

Deshalb ist es z.B. nicht nachvollziehbar, dass über die Arbeit der **Kreissparkasse** nur wenige Kreisräte als Verwaltungsräte informiert werden.

Besonders weil jetzt in Brüssel die Weichen für eine **europäische Bankenunion** mit etwaiger Haftungsübernahme für südeuropäische Banken gestellt werden, wollen wir, dass der Kreistag vom Vorstand der Kreissparkasse aus erster Hand über Chancen und Risiken des Projekts und die Sicherheit der Spareinlagen der Kunden informiert wird.

Presseberichte, wie in der Esslinger Zeitung vom 31. Oktober reichen nicht aus.

Der Kreistag hat vor einem Jahr beschlossen, dass bestimmte **Kreistagssitzungen live über Internet** übertragen werden sollen. In der Zwischenzeit hat der Landesdatenschutzbeauftragte datenschutzrechtliche Einwendungen erhoben, die aber dem Prinzip der Bürgerbeteiligung Hohn sprechen.

Was ist zu tun? Erstens muss der **Landtag die Gemeindeordnung**, wie in Hessen, ändern. Dazu fordern wir die anwesenden Landtagsabgeordneten auf.

Und zweitens sollte der Landkreis in der Zwischenzeit, wie die Stadt Karlsruhe auf Antrag von CDU und Grünen, bei Gemeinderatssitzungen, einen **Live-Stream mit Aufzeichnung** ermöglichen.

Wir hoffen, dass die Beratungen in den Ausschüssen zum Wohle der Kreisbürger durchgeführt werden.

## **Anträge der Fraktion Die Republikaner zum Kreishaushalt 2013 und zur mittelfristigen Finanzplanung**

**1. Entschuldung um 3,5 Mio € durch Einsatz der für die Senkung der Kreisumlage vorgesehenen Mittel. Dadurch ergibt sich ein Hebesatz von 38,3 %.**

Zusätzliche Begründung folgt in Haushaltsdebatte.

## **2. Die vorgesehenen Kosten für das Nachtverkehrskonzept in Höhe von ca. 360 000 € werden gestrichen. Die entsprechenden Mittel werden zum Schuldenabbau verwendet.**

Begründung:

Die Antragsteller sind grundsätzlich der Auffassung, dass es nicht Aufgabe des Kreises ist, Nachtschwärmern die Heimfahrten aus Steuergeldern zu finanzieren.

Ferner haben die Diskussionen und Entscheidungen in Gemeinderäten, vor allem im Nürtinger Raum gezeigt, dass viele Gemeinden neben grundsätzlichen Bedenken auch nicht mit der geplanten Routenwahl einverstanden sind.

Dazu kommt, dass es beim Verband Region Stuttgart schon Tendenzen gibt, die bisher nur für das Wochenende geplanten Fahrten von den S-Bahn-Stationen auch auf den Donnerstag auszudehnen, was das Kostenrisiko für den Kreis weiter erhöhen würde.

## **3. Nachhaltige Mobilität auch außerhalb der Groß- und Mittelstädte**

Begründung:

Der Verband Region Stuttgart hat seit einem Jahr ein mit jährlich 1,5 Mio € dotiertes Programm zur Förderung der nachhaltigen Mobilität, u.a. Elektromobilität.

Nach zwei Vorschlagsrunden zeigt sich, dass fast nur Groß- oder Mittelstädte bei der Vergabe ausgewählt werden. Dies hängt u.a. an der Komplexität des Antragsverfahrens, bei der kleinere Kommunen anscheinend überfordert sind.

Die Kreisverwaltung wird gebeten, dass sie sich hier koordinierend und helfend einsetzt.

Nur so haben nachhaltige Konzepte im gesamten Kreisgebiet eine Chance.

## **4. Lage der Kommunikation im Landkreis Esslingen**

Begründung:

Die Verwaltung wird um einen Bericht über die Breitbandversorgung mit schnellem Internet, die Mobilfunkverfügbarkeit sowie die Übertragung digitaler Fernsehprogramme über terrestrische Sender ( DVB-T ) gebeten und aufgefordert einen Plan zu erstellen, wie die offensichtlichen Versorgungsunterschiede im Kreisgebiet reduziert werden können. Dies ist sowohl für die lokale Wirtschaft, als auch für private Haushalte wichtig.

-2-

## **5. Ausbau erneuerbarer Energien und Folgen für die Stromnetze im Kreis Esslingen und Stromsperrern für Nichtzahler**

Begründung:

Die Antragsteller haben schon vor einem Jahr den gleichen Antrag gestellt. Damals konnte noch wenig Konkretes geantwortet werden. Ein Jahr später sollte aber in etwa klar sein, welche Folgen der Ausbau der erneuerbaren Energien auf den Ausbau von Stromnetzen und Speicherkapazitäten im Kreisgebiet hat.

Ferner wollen die Antragsteller wissen, wieviel Haushalte im Kreis aufgrund nichtbezahlter Rechnungen keinen Strom mehr geliefert bekommen bzw. wie das Kreissozialamt mit dieser Problematik umgeht.

## **6. Auslobung eines Preises für seniorenrechtliche Beschäftigung**

Begründung:

Zur Fachkräftesicherung haben die Antragsteller schon mehrfach Initiativen gestartet. Wir fordern in diesem Jahr einen vom Landkreis ausgelobten Preis für Unternehmen, die ältere Arbeitnehmer vorbildlich beschäftigen. Dabei sollen sowohl gesundheitsvorbeugende Maßnahmen, wie auch seniorenverträgliche Änderungen der Produktionsverfahren prämiert werden.

## **7. Effizienz der Schulsozialarbeit**

Begründung:

Die Kreistagsmehrheit hat im März 2012 einen neuen Fördertopf etabliert. Darauf hin wurden immerhin 70 Schulsozialarbeiter eingestellt.

Die Antragsteller wollen einen Bericht über die Effizienz deren Arbeit.

## **8. Gewalt gegen Mitarbeiter von Jobcentern und Sozialämtern**

Begründung:

Nicht erst die Ermordung einer Neusser Jobcenter-Mitarbeiterin durch einen langzeitarbeitslosen Marokkaner hat die zunehmende Gewalt gegen obige Mitarbeiter aufgezeigt.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft in Nordrhein-Westfalen hatte schon 2009 durch Befragung herausgefunden, dass jeder vierte Mitarbeiter schon einmal Opfer eines Übergriffs geworden ist.

Die Antragsteller wollen konkret wissen, wie die diesbezügliche Gewaltproblematik im Kreis Esslingen aussieht, welchem Kulturkreis die Täter zuzuordnen sind und welche Sicherheitseinrichtungen existieren.

## **9. Belegung der Asylwohnheime im Kreis Esslingen**

Begründung:

Der starke Zuzug von Asylbewerbern, hauptsächlich aus Serbien und Mazedonien, hat die Situation in den Asylwohnheimen verschärft. Wie ist die aktuelle Belegungssituation ?

Der Kreisverwaltung wird außerdem von Teilen der Asyl-Lobby der Vorwurf gemacht, die "Unterbringung sei untragbar." Wie geht sie mit diesem Vorwurf um ? Hat sie rechtliche Schritte dagegen unternommen ?

-3-

## **10. Pflegesituation im Landkreis - Pflegekräfte aus Osteuropa**

Begründung:

Die Pflegesituation im Landkreis Esslingen gilt gemeinhin als gut ausgebaut und organisiert.

Trotzdem gibt es Hinweise, dass z.T unterbezahlte Pflegekräfte aus Osteuropa, legal oder illegal, beschäftigt werden. Wie schätzt die Kreisverwaltung die Größenordnung ein ?

Außerdem wollen die Antragsteller wissen, ob die Verwaltung Erkenntnisse über den Transfer von Senioren in Pflegeheime in Osteuropa hat.

## **11. Untersuchungsausschuss Kreiskrankenhäuser**

Begründung:

Die Antragsteller haben ihr Vertrauen in Geschäftsführung und Aufsichtsrat der Kreiskrankenhäuser verloren. Sie beantragen deshalb einen Untersuchungsausschuß aus Fachleuten, der einen Einblick in die Entscheidungen von Geschäftsführung und Aufsichtsrat nehmen und die Verantwortlichkeiten

feststellen kann.

## **12. Notdienst Augenärzte sichern**

Begründung:

Lt. Medien wollen die Augenärzte im Landkreis zum 1.1.2013 aus der Notfallversorgung aussteigen. Sie begründen dies mit starker Mehrbelastung im Vergleich zu ihren Kollegen in der Stadt Esslingen und in Stuttgart. Dies ist aber den Kreisbürgern nicht zuzumuten.

Deshalb wird die Kreisverwaltung gebeten, eine vernünftige Lösung mit den Kassenärztlichen Vereinigung zu finden.

## **13. Einräumung eines Wahlrechts für Kraftfahrzeugbesitzer im Altkreis Nürtingen zwischen ES und NT**

Begründung:

Die Antragsteller wollen nicht die Kreisreform von 1973/ 1974 in Frage stellen. Sie wollen vielmehr eine Initiative zum Erfolg führen, die deutschlandweit getragen wird.

Das NT-Kennzeichen soll die Identifikation der Bürger mit ihrer engeren Heimat stärken. Es kann gleichzeitig ein Marketinginstrument für die Kommunen im Altkreis Nürtingen sein.

Nachdem nun der Bundesrat am 21. September den Weg freigemacht hat, liegt die Entscheidung in der Kompetenz des Kreistags.

Anfallende Mehrkosten für die Wunsch Kennzeichen müssen von den Interessenten selbst getragen werden und dürfen den Kreishaushalt nicht belasten.

## **14. Betrug bei KFZ-Hauptuntersuchungen und Konsequenzen**

Begründung:

Lt. Medien hat ein Gutachter der Karlsruher Firma GTS über 8 500 Fahrzeuge die Plakette für die Hauptuntersuchung ohne Prüfung verliehen. Dabei war angeblich auch der Kreis Esslingen betroffen. Welche Erkenntnisse hat die Kreisverwaltung über die Größenordnung des Betrugs?

In welcher Form werden die KFZ-Besitzer darüber informiert und auf mögliche Sicherheitsmängel hingewiesen ?

-4-

## **15. Information des Kreistags über die Arbeit der Kreissparkasse**

Begründung:

Bisher werden nur wenige Kreisräte als Verwaltungsräte über die Arbeit der Kreissparkasse informiert. Besonders weil jetzt in Brüssel die Weichen für eine europäische Bankenunion mit etwaiger Haftungsübernahme für südeuropäische Banken gestellt werden, wollen die Antragsteller, das der Kreistag vom Vorstand der Kreissparkasse aus erster Hand über Chancen und Risiken des Projekts und die Sicherheit der Spareinlagen der Kunden informiert wird.

Presseberichte reichen nicht aus, da Rückfragen möglich sein müssen.

## **16. Internet bei Kreistagssitzungen**

Begründung:

Der Kreistag hat vor einem Jahr beschlossen, dass bestimmte Kreistagssitzungen live über Internet übertragen werden sollen. In der Zwischenzeit hat der Landesdatenschutzbeauftragte datenschutzrechtliche Einwendungen erhoben, die aber dem Prinzip der Bürgerbeteiligung Hohn sprechen.

Was ist zu tun ?

Erstens muß der Landtag die Gemeindeordnung, wie in Hessen, ändern. Dazu werden die Landtagsabgeordneten aufgefordert.

Zweitens sollte der Landkreis in der Zwischenzeit einen Live-Stream mit Aufzeichnung ermöglichen, so dass der Datenschutz gewährleistet ist. Dabei könnten auch Erfahrungen für spätere Direktübertragungen gewonnen werden.

Als Beispiel kann die Stadt Karlsruhe gelten, wo auf Antrag von CDU und Grünen bei Gemeinderatssitzungen so verfahren wird.

Im übrigen wird auf die Machbarkeitsstudie von Professor Dr. Riemke-Gurzki zu dieser Thematik verwiesen.

Deuschle, Eigenthaler, Bauknecht und Fraktion

Esslingen, 8.11.2012